

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie
Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel
Band: 29 (1988)
Heft: 3

Artikel: Zur Abfallwirtschaft in Südbaden : neuere Entwicklungen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg i. Br.
Autor: Stadelbauer, Jörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1088768>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUR ABFALLWIRTSCHAFT IN SÜDBADEN – NEUERE ENTWICKLUNGEN IM LANDKREIS BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD UND IM STADTKREIS FREIBURG i. Br.

1 Wachsendes Haus- und Gewerbemüllaufkommen

Die Abfallproblematik gehört zu den wichtigsten Fragen alltäglicher Umweltpolitik auf allen Verwaltungsebenen. Für die Bundesrepublik Deutschland bildet das Bundesabfallbeseitigungsgesetz von 1976 in der novellierten Fassung von 1986, das auf Abfallvermeidung und Abfallentsorgung dringt, den gesetzlichen Rahmen. Nachdem mit dem Landesabfallgesetz von 1971 den Landkreisen die Entsorgung übertragen worden war, wurden ungeordnete Kleindeponien (damals etwa 110 im Gebiet des heutigen Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald) verboten, eine Trennung verschiedener Abfallarten vorgenommen und eine Sammlung des Normalmülls in Großdeponien begonnen. Die Abfallsammlung wurde den Gemeinden überlassen, so daß mehrere räumliche Verflechtungssysteme der Abfallwirtschaft entstehen konnten. Von den alten Müllkippen und Deponien wurden 40 noch in den 70er Jahren rekultiviert, weitere stehen zur Rekultivierung an.

Eine neue Satzung für den Kreis Breisgau-Hochschwarzwald wurde am 14.12.1987 beschlossen und am 8.2.1988 durch eine Neuregelung der Kosten für die Entsorgung ergänzt. Diese Satzung griff der Anfang 1988 vom Landtag von Baden-Württemberg beschlossenen Mustersatzung vor, die den Rahmen für künftige Regelungen auf der Kreisebene bildet. Entscheidungsgrundlage für den Kreis war ein 1987 vorgelegtes Gutachten (vgl. Konzept . . . , 1987), das gemeinsam mit den Diskussionen im Kreistag den Stand der Entsorgung dokumentiert.

Bei der derzeitigen Abfallbeseitigung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg treten Standortfragen und Kapazitätsbeschränkungen der Deponien immer stärker in den Vordergrund. Der sprunghafte Anstieg des Hausmüllaufkommens und die Entstehung immer neuer Arten von "kritischen" Abfällen hat nicht zur Beruhigung in diesem Bereich beigetragen. Bis in die Gegenwart werden unterschiedliche Konzepte der Abfallbeseitigung diskutiert. Dabei sind die politischen Fragen nicht zu übersehen: Da für die Beseitigung von Sondermüll das Land zuständig ist, möchten die Kreise möglichst viele Abfallarten als Sondermüll unter Landeskompetenz entsorgt wissen, wehren sich aber gegen denkbare Standorte von Verbrennungsanlagen für Sondermüll. So hat die Diskussion um einen möglichen Standort Kehl sofort Gegner auf den Plan gerufen, die auf mögliche Emissionen von Chlor- und Fluorkohlenwasserstoffen, Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, Kohlenmonoxid und vielleicht auch von Schwermetallen und Dioxinen verwiesen haben (vgl. BZ 21.1.1988).

Prof. Dr. J. Stadelbauer, Geographisches Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Postfach 3980, D-6500 Mainz.

Wegen der umweltpolitischen und -wirtschaftlichen Bedeutung der Abfallfrage wurde mit Wirkung vom 1.1.1988 im Landkreis Breisgau- und Hochschwarzwald als neue Behörde ein Amt für Abfallentsorgung eingerichtet. Zwei Abfallberater haben vor allem die Aufgabe, Kontakte zwischen Gewerbebetrieben und möglichen Abnehmern von Reststoffen herzustellen. Der Nachweis solcher Reststoffe über die "Abfallbörse" der Industrie- und Handelskammer Freiburg wurde im Frühjahr 1988 über den Stadtkreis Freiburg hinaus auch auf den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ausgedehnt.

Die im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald auf den beiden Deponien Neuenburg und Titisee-Neustadt abgelagerten Abfallmengen haben sich zwischen 1974 und 1986 von 328 000 auf 667 000 t verdoppelt, im Stadtkreis Freiburg fallen jährlich über 210 000 t (Hausmüll, Gewerbemüll, Aushub und Bauschutt) an, von denen ein Teil allerdings über Recycling wieder Verwendung findet. Während das Hausmüllaufkommen in den letzten Jahren kaum noch gestiegen ist, gibt der wachsende Anteil verschiedener Gewerbemüllarten Anlaß zur Sorge. Die regionale Verteilung des Abfallaufkommens im Jahr 1982 ist auf Abb. 1 dargestellt. Dabei tritt vor allem das Übergewicht des Hausmüllaufkommens in den städtischen Siedlungen hervor, aber auch einzelne Industriestandorte mit hohem Gewerbemüllaufkommen lassen sich erkennen. Die großen Gewerbemüllmengen in Bollschweil beruhen auf dem Abraum in den Kalksteinbrüchen der Baustoffindustrie.

2 Deponien mit beschränkten Kapazitäten

Im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald wird Müll seit 1974 auf zwei Großdeponien abgelagert: Die im Gutachtal dicht unterhalb der Hochbrücke der B 33 gelegene Deponie von Titisee-Neustadt nimmt gemäß einer Bestimmung von 1973 den Müll aus dem ehemaligen Kreis Neustadt auf, die Deponie von Neuenburg den Müll der übrigen Gemeinden des Landkreises. Dies führt zu einem starken Ungleichgewicht der Beschickung: Neuenburg hat 75,6% der jährlich insgesamt 667 000 m³ angelieferten Mülls (in unverdichtetem Zustand) anzunehmen (d.h. 1 500 m³ pro Tag bei einem Sammelgebiet, das 170 000 Einwohner erfaßt), Titisee-Neustadt nur ein Viertel dieser Menge. Darüberhinaus bestehen zwanzig kleinere Deponien für die Ablagerung von Aushub und Bauschutt. Die Stadt Freiburg lagert ihren Müll derzeit auf der Deponie Eichelbuck nordwestlich des Flugplatzgeländes ab.

Während in der Stadt Freiburg die Entsorgung über die Stadtwerke vorgenommen wird, haben die Gemeinden des Landkreises langfristige Verträge mit Privatfirmen geschlossen, wobei sich eine regionale Arbeitsteilung herausgebildet hat. Die langen Wege nach Neuenburg führten dazu, daß 1987 Berichte über eine – nach den Bestimmungen unkorrekte – Anlieferung von Müll aus dem Zartener Becken auf die Schwarzwalddeponie publik wurden. Da zudem die derzeitigen Kapazitäten sehr unterschiedlich sind (Neuenburg kann Abfälle nur noch bis 1989/90 aufnehmen, Titisee-Neustadt möglicherweise bis 2005/06 – etwa gleichbleibende Mengen angenommen), wurde 1987 bei der Diskussion über Abfallfragen im Kreistag auch über eine neue Zuordnung der Gemeinden des Zartener Beckens nachgedacht. Mittlerweile werden die Abfälle aus dem Zartener Becken auf die Deponie Titisee-Neustadt transportiert.

**Hausmüll und Gewerbeabfälle im
Stadtkreis Freiburg i. Br. und im
westlichen Teil des Landkreises
Breisgau-Hochschwarzwald,
1982**

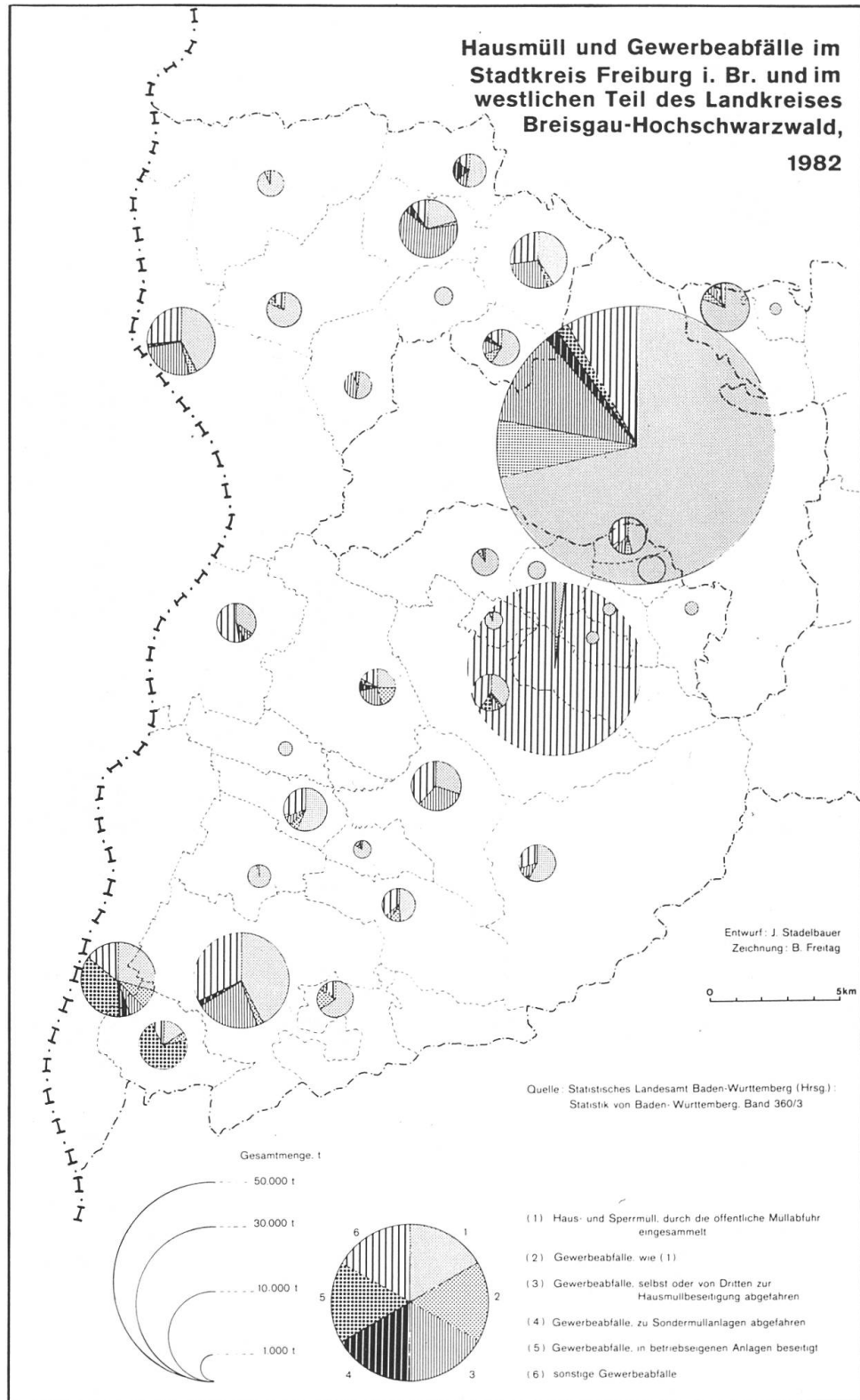


Abb. 1

Diversifizierte Abfallentsorgung im Stadtkreis Freiburg i. Br. und im westlichen Teil des Landkreises Breisgau - Hochschwarzwald, 1987

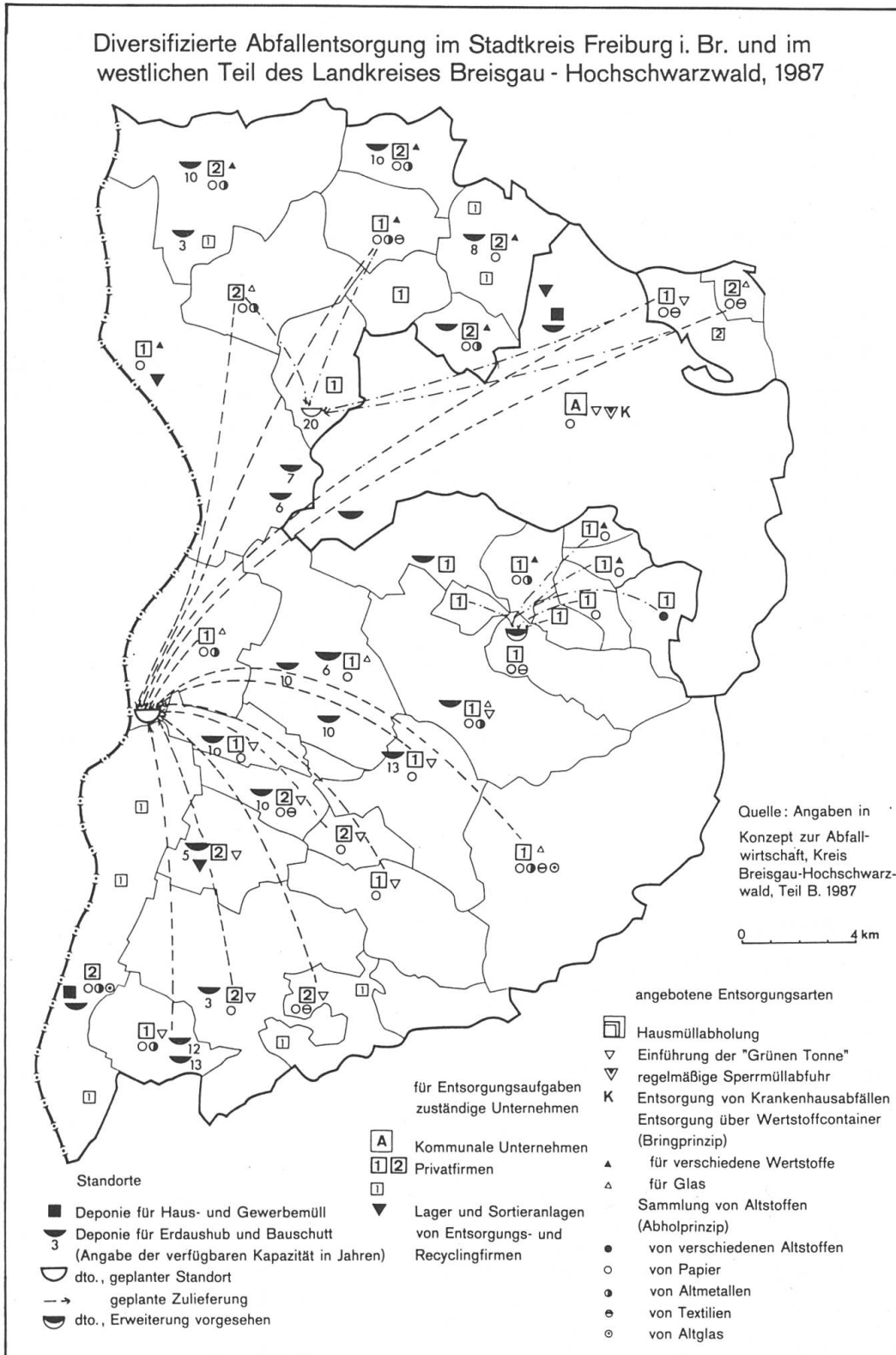


Abb. 2

3 Die Trennung von Abfallarten

Beim Hausmüll wird nach erfolgreichen Modellversuchen generell zwischen "Wertmüll" (d.h. prinzipiell wiederverwertbaren Abfallstoffen), "Schadstoffmüll" und deponiefähigem "Restmüll" unterschieden; hinzu kommt aus der Bauwirtschaft der Erdaushub, der nach Möglichkeit durch naturnahe Wiederablagerung genutzt werden soll.

Für die Reduktion der Gesamtmenge wurde die Trennung des Wertmülls von den anderen Abfallarten eingeführt. Außer der Stadt Freiburg, die eine Vorreiterrolle bei der Einführung der "Grünen Tonne" übernommen hatte, wurden bis 1987 in 12 von 50 Gemeinden des Landkreises getrennte Abfallsammlungen eingeführt. So wird z.B. die von einer Privatfirma in Buggingen eingerichtete Sammelstelle für verwertbaren Abfall von den Gemeinden Müllheim, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Heitersheim und Buggingen-Seefeldern aus beliefert. Die Sammelstelle einer anderen Entsorgungs- und Recyclingfirma in Breisach erfaßt das Gebiet zwischen Salzburg und Kaiserstuhl (vgl. Abb. 2).

Besondere Probleme wirft die Schadstoffbeseitigung auf. Während in den Jahren 1985/86 eine getrennte Sammlung von Schadstoffen erfolgreich durchgeführt werden konnte, scheiterte eine kontinuierliche Fortführung der Aktion 1987, weil ein Abnehmer fehlte. Hier ist eine Kontinuität von größter Bedeutung, weil sonst zu befürchten steht, daß schädliche Abfälle auch größere Deponien kontaminieren oder ins Grundwasser gelangen können. Eine Lösung auf dem Weg des Müllexportes nach Frankreich würde das Problem nur räumlich in das westliche Nachbarland verlagern.

4 Das "Freiburger Konzept"

Die seit einigen Jahren in Freiburg unter dem Druck rasch abnehmender Deponiekapazitäten geführten Diskussionen haben ein Konzept starker Abfallentsorgung entstehen lassen, dessen Haupteffekte in einer Reduktion des abzulagernden Restmülls (und damit "gestreckten" Deponiekapazitäten) und in einer Vermeidung toxischer Einträge in Boden und Grundwasser gesehen werden (vgl. Kommunalen Umweltschutz . . . , 1987).

Mit der Trennung verschiedener Abfallarten ist auch eine unternehmerische Aufgliederung der Abfallbeseitigung verbunden: Während für die Beseitigung des Wertmülls ein Zehnjahresvertrag (1986 - 1995) mit einer privaten Recyclingfirma mit Hauptsitz in Ravensburg besteht, wird der Erdaushub über die FEBA (Freiburger Erdaushub- und Bauschuttzubereitungs-GmbH; Betriebsanlage in Freiburg-Hochdorf) entsorgt. Die Stadt hofft, durch eine strikte Trennung der verschiedenen Abfallarten und durch ein zunehmendes Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten für die Probleme der Entsorgung das Gesamtaufkommen wenigstens konstant halten, wenn nicht reduzieren zu können (vgl. Abb. 3).

Die Erfahrungen der für das Recycling zuständigen Firma zeigen, daß noch immer ein großer Teil der in der "Grünen Tonne" gesammelten Abfälle nicht verwertbar ist. 25 bis 45% müssen derzeit als unverwertbarer Restmüll auf der Deponie Eichelbuck abgelagert

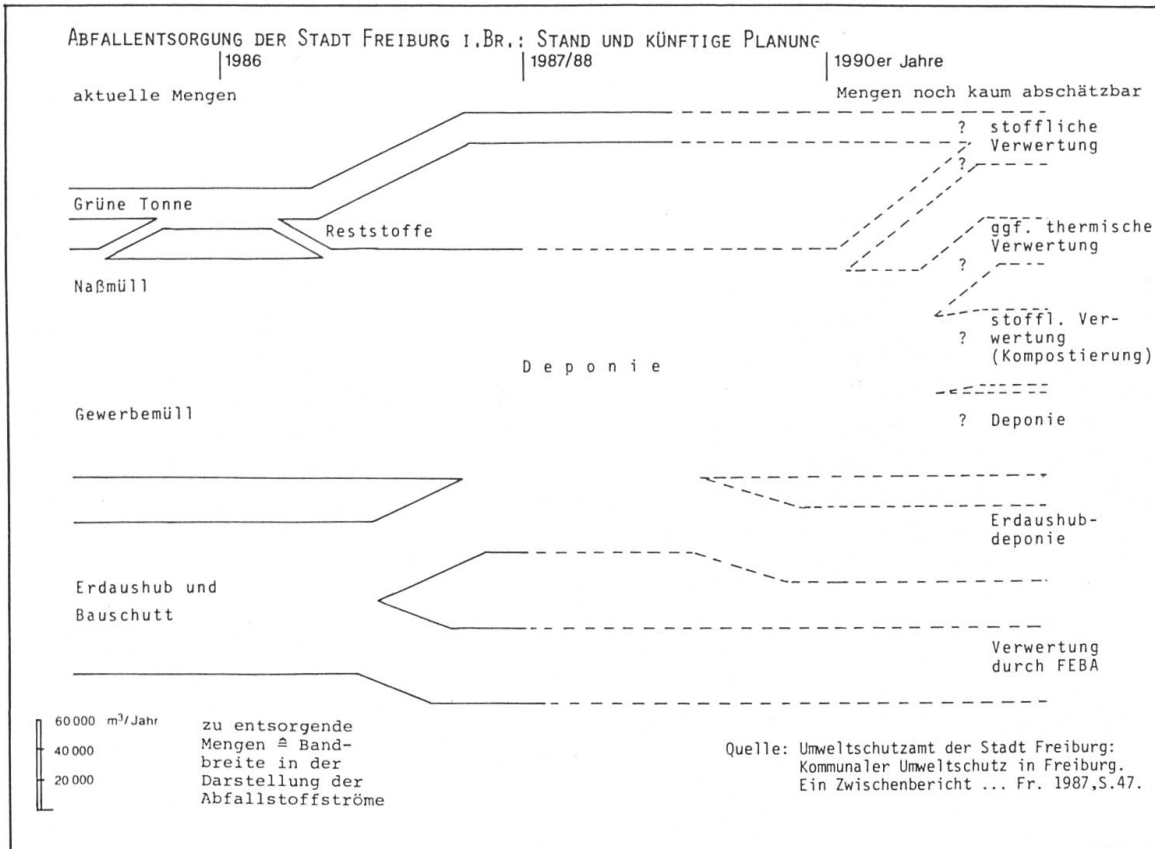


Abb. 3

werden; ein Teil geht in Verbrennungsanlagen (v.a. nach Straßburg). 17 bis 25% des Wertmüllaufkommens sind Altglas, das an die Glashütten Achern und Bad Wurzach abgegeben wird (derzeit sind für eine Tonne Altglas etwa 30 bis 50 DM zu erwirtschaften). 1 - 4% sind Textilien, etwa 6% Altmetall, das einer Weiterverarbeitung zugeführt werden kann. Den höchsten Anteil (60 - 74%) hat Papier, das in der Bundesrepublik nach Guggenbach, Malsch und Neustadt, ferner in die Schweiz (Niedergösgen, Weinfelden), nach Frankreich (Kaysersberg) und Österreich verkauft wird. Aussortierter Kunststoff geht an Aufbereitungsbetriebe in Kempten und München.

Die Schadstoffsammlung soll zweimal jährlich erfolgen. Nach Schwierigkeiten, die 1986/87 aufgetreten waren, konnte eine private Entsorgungsfirma gefunden werden, mit der ein mehrjähriger Vertrag geschlossen wurde. Dadurch wird verhindert, daß bei fehlendem Entsorgungskonzept wieder Schadstoffe in größeren Mengen unkontrolliert dem Normalmüll beigemischt werden.

5 Strategien einer diversifizierten Entsorgung in der politischen Diskussion

Die Begrenztheit der Aufnahmefähigkeit der Deponien in Stadt- und Landkreis haben in der politischen Diskussion unterschiedliche Strategien für die weitere Entsorgung aufleben lassen:

1. Im Vordergrund stehen Überlegungen zur *Vermeidung* eines höheren Abfallaufkommens. Durch bewußtseinsbildende Information konnten die insgesamt deponierten Abfallmengen in den Jahren 1986 und 1987 gegenüber dem Vorjahr bereits etwas reduziert werden. Durch eine Reduktion des Verpackungsaufwandes ließe sich viel Abfall vermeiden.

2. Eine *Kompostierung* wird für kompostierbare Haus- und Gartenabfälle vorgeschlagen. In vielen Gemeinden werden Gartenabfälle bereits gesondert gesammelt und aufbereitet.

3. Der Anteil der vor Jahren noch auf Deponien abgefahrenen Abfallarten, der heute als *„Wertmüll“* einer Wiederverwertung zugeführt wird, könnte wohl noch etwas erhöht werden. Vor allem ist aber eine hohe Disziplin bei der Bevölkerung erforderlich, damit eine saubere Trennung der Abfallarten erfolgt. Diese Teilstrategie erhält durch längerfristige Verträge zwischen den Kommunen und spezialisierten Unternehmen eine marktorientierte privatwirtschaftliche Komponente. Für karitative Zwecke durchgeführte Sammlungen von Altpapier und gebrauchten Textilien ergänzen diese Art der Altstoffverwertung. Rohstoffbörsen (IHK Freiburg für den Stadtkreis, neuerdings auch den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) und eine Erdaushubbörse (Landkreis Emmendingen, 1987: Vermittlung von 100 000 t Erdaushub) ergänzen die Verwertung von Abfällen.

4. *Zusätzliche Deponien* sind immer schwieriger auszuweisen. Die Planung einer neuen Deponie am Tuniberg (Tiefental/Käsriedle auf den Gemarkungen Freiburg-Waltershofen und Merdingen) stieß auf so großen Widerstand, daß sie ausgesetzt wurde. Alternative Standorte sind für den Stadt- und Landkreis derzeit nicht in Sicht.

5. Die *thermische Abfallentsorgung* (in einer Pyrolyseanlage), wie sie für andere Kreise in der Diskussion ist, wird auch im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald als künftige Lösung bevorzugt. Dabei setzt man auf die Zusammenarbeit mit den benachbarten Kreisen. Ein technisches Problem scheint derzeit (neben der noch nicht gelösten Frage des Mikrostandortes) die Entsorgung der schwermetallbelasteten Restschlacke zu sein.

6. Die Übertragung des *„Tübinger Modells“*, bei dem aus Klärschlamm Öl, aus festen Abfällen Kohle für Brennzwecke gewonnen wird (BZ 15.7.87), scheint – nicht zuletzt aus Kostengründen – unpraktikabel zu sein.

7. Es bleibt der *„Müllexport“* über die Grenze nach Frankreich, der aber auch nicht unumstritten ist: Er ist teuer, birgt die ökologischen Risiken einer weniger überprüfbaren Entsorgung, enthält eine zusätzliche politische Komponente und ist von der Zustimmung des Umweltministeriums abhängig.

6 Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen?

Die gesetzlich festgelegte Zuständigkeit der Kreise für die Abfallbeseitigung schließt eine gegenseitige Kooperation nicht aus, sie ließ aber auch unterschiedliche Konzepte entstehen.

Anfang 1988 stand eine Zusammenarbeit der Kreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen zur Diskussion. Hintergründe waren einerseits die Tatsache, daß die von Emmendingen beschickte Deponie Kahlenberg bei Ringsheim noch Kapazitäten bis zum Jahr 2000 besitzt, andererseits die Suche nach dem Standort für eine mittelfristig geplante Pyrolyseanlage. Da der Kreis Emmendingen jedoch bereits länger mit dem Ortenaukreis in der Abfallwirtschaft zusammenarbeitet (und auf diesem Weg auch Kontakte über die Grenze nach Straßburg unterhält), wurde im Februar 1988 eine Zusammenarbeit mit dem Kreis Breisgau-Hochschwarzwald von Emmendinger Seite zunächst zurückgestellt. Gerade großtechnische Anlagen können sicher nur bei gemeinsamer Nutzung rentabel betrieben werden, doch macht die mit der Größe abnehmende Akzeptanz bei der Bevölkerung die Standortsuche schwieriger.

7 Grenzüberschreitende Verflechtungen: Die Diskussion über den "Müllexport"

Die zunehmende Sensibilität der Bevölkerung für die Probleme, die die Schadstoffentsorgung aufwirft, zeigt sich auch in einem anderen Aspekt grenzüberschreitender Planung. Die Basler chemische Industrie plant den Bau einer Verbrennungsanlage für Sondermüll, die wegen der ungeklärten Fragen von denkbaren toxischen Abgasen, vor allem aber wegen ihres grenznahen Standortes auf Kritik von deutscher Seite stößt.

Für die grenznahe Lage ist charakteristisch, daß neben der Kombination von Vermeidungs- und Wiederverwertungsstrategie ein besonderes Augenmerk dem Müllexport geschenkt wird. Im Vorfeld der Abfalldebatte des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald wurden 1987 mehrere Pläne offen diskutiert: Zunächst bestand ein Angebot der in Bad Wurzach ansässigen Firma Energie-Vermarktung Altvater KG (EVA), zehn Jahre lang jährlich bis zu 50 000 t zu einer Verbrennungsanlage nach Rambervilliers (in der Nähe von Saint-Dié westlich der Vogesen) zu bringen. Dieser Plan mußte fallen gelassen werden, weil die Kapazitäten von Rambervilliers bereits durch zusätzliche Zufuhren aus Eßlingen ausgelastet waren. Die Kalkulation sah für diese Art der Entsorgung Kosten von DM 91.60 pro Tonne vor, die in einer Mischkalkulation mit der "billigeren" Deponierung im Landkreis die Entsorgungskosten für den Bewohner von 15 auf 32 DM im Jahr angehoben hätte (BZ 12./13.9.1987). Die Option für Verhandlungen mit der Communauté Urbaine de Strasbourg blieb bestehen, die auf die Verbrennung von jährlich 20 000 t Abfall aus dem Landkreis abzielen.

Im Spätjahr 1987 wurde sogar der weiterreichende Plan diskutiert, die gleiche Abfallmenge zu den gleichen finanziellen Konditionen in das Gebiet von Auxerre (Burgund) zu transportieren, wo Deponiekapazitäten zur Verfügung standen. Dieser Plan fand keine Zustimmung. Presseberichte, nach denen dioxinhaltiger Filterstaub aus Müllverbrennungsanlagen illegal auf die Deponie Montchanin in Burgund verfrachtet worden sei (u.a. soll ein Unternehmen aus dem Ortenaukreis sich daran beteiligt haben), machen auf die Problematik der grenzüberschreitenden "Entsorgung" aufmerksam (BZ 30.3.1988, S. 9).

Weitere in die Überlegungen einbezogene ausländische Zielpunkte sind kleinere Verbrennungsanlagen in Cernay und Colmar im Oberelsaß, die parallel zur Belieferung der Straßburger Verbrennungsanlage aus den Landkreisen Ortenau und Emmendingen einen Teil des Abfalls aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald aufnehmen könnten.

8 Ein wirtschaftsgeographischer Interpretationsansatz

Wir kennen aus der Wirtschaftslehre die Prinzipien der komparativen Kostenvorteile, die auf internationaler Ebene zu unterschiedlichen *terms of trade* führen. Die Abfallbewirtschaftung ist ein Segment aus der Wirtschaftsrealität und unterliegt damit ebenfalls diesen Gesetzmäßigkeiten. Mit der Privatisierung eines Teils der Abfallwirtschaft wird dieser Aspekt verstärkt.

Ein Müllexport hätte eine zusätzliche Kostenbelastung für die Bevölkerung mit sich gebracht, aber die Diskussion allein über die Möglichkeit eines solchen Ferntransportes zeigt, daß das Prinzip der *terms of trade* umkehrbar und auf die Umweltwirtschaft anwendbar ist: Es könnte – überspitzt formuliert – dazu führen, daß künftig Abfall dort deponiert wird, wo die Kostenbelastung (durch Transport und etwaige Schutzauflagen) am geringsten, wo die Schutzgesetzgebung am wenigsten restriktiv ist und wo der emotionale Widerstand bei der Bevölkerung am geringsten ist. Dies ist bei Aktionen, die vor allem ein quantitatives Problem darstellen, schon fragwürdig, darf aber keinesfalls dazu führen, daß qualitative Problemfälle regional verschoben werden.

Als *Fazit* ergibt sich bei diesem Stand der Abfallentsorgung:

- anstelle einer Deponierung wird die Abfallbewirtschaftung immer wichtiger;
- dabei ist mit weiteren Kostenbelastungen für den Verursacher zu rechnen;
- die aktuelle Diskussion hat eine deutliche parteipolitische Dimension erhalten;
- die Möglichkeiten des Müllexports im Grenzgebiet verleihen dem Thema zusätzliche Brisanz;
- bei der Entscheidung zwischen groß- und kleinräumigen Standortfragen wird der Zusammenarbeit benachbarter Kreise in der Region ein Vorrang eingeräumt, weil die Lösung der anstehenden Fragen in großtechnischen Verfahren gesucht wird.

Die Debatte ist insgesamt noch nicht abgeschlossen, weil das Entsorgungsproblem eine mittelfristige Lösung verlangt. Sie zeigt aber gerade im derzeitigen Stadium, auf welche Schwierigkeiten die Abfallentsorgung stößt, daß diese Schwierigkeiten nicht zuletzt wegen der stärkeren Problemwahrnehmung bei der Bevölkerung seit der Schließung von Kleindeponien eher gewachsen sind und daß die grenznahe Lage zwar neue Möglichkeiten, aber auch neue Probleme mit sich bringt.

Nachtrag Januar 1989: Nachdem am 21. September 1988 der Stadtkreis Freiburg i.Br. und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald einen Zweckverband 'Abfallentsorgung Breisgau' gegründet hatten, fiel Anfang Dezember die Entscheidung, zehn Jahre – bis zur denkbaren Inbetriebnahme einer Verbrennungsanlage – jährlich 60 000 bis 100 000 t Müll durch eine Privatfirma nach Langres (Département Haut-Marne) auf eine französische Deponie transportieren zu lassen.

RÉSUMÉ

L'opinion publique s'inquiète de plus en plus de l'extension des dépotoirs et des problèmes que pose le traitement écologique des déchets. La situation dans le Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald et le Stadtkreis de Fribourg révèle les différents aspects du problème et fournit des éléments de solution. On pratique aujourd'hui de préférence des traitements distincts pour les différentes catégories de déchets, d'où des conceptions différentes, qui ne sauraient cependant pas constituer une alternative à la nécessité d'éviter les déchets. Ceci devient une nécessité du fait que des dépôts supplémentaires ne peuvent y être déchargés et que des installations de haute technicité provoquent la méfiance et le refus

de la population. Les différentes instances en Bade-Württemberg, chargées du problème, doivent trouver une solution; la question est particulièrement brûlante en ce qui concerne l'exportation des ordures ménagères dans le pays voisin. Depuis un certain temps, les ordures ménagères de Mittelbaden sont expédiées à l'usine d'incinération de Strasbourg. Cependant une vraie politique écologique ne saurait admettre qu'on profite des normes de tolérance plus larges à l'étranger pour réaliser une élimination plus économique des déchets.

Résumé: *J. Stadelbauer*

Traduction: *P. Meyer*

LITERATUR

Badische Zeitung (BZ), Freiburg i.Br. 1987/1988 (Tageszeitung)

Kommunaler Umweltschutz in Freiburg. Ein Zwischenbericht über die Tätigkeit des Umweltschutzamtes der Stadt Freiburg im Breisgau. — Freiburg im Breisgau 1987

Konzept zur Abfallwirtschaft. Erstellt im Auftrag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald. (Bearb. u. Hrsg.: Gesellschaft für Umwelttechnologie GmbH & Co. KG), Freiburg 1987, Teil A: Kurzfristig wirksame Strategien; Teil B: Bestandsaufnahme

Statistik von Baden-Württemberg (Hrsg. v.): Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Band 360, Gemeinde-Statistik 1986, Heft 3, Stuttgart 1986

unveröff. Materialien des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald